

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/74

20. April 1976

Das rechte Maß abhanden gekommen

Zur katholischen Kritik an der Eherechtsreform

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 1 / 40 Zeilen

Weichenstellung in Nairobi ?

Bei UNCTAD IV werden auch wir die Karten auf den Tisch legen müssen

Von Günter Schluckebier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 2 + 3 / 71 Zeilen

Mitten ins konservative Schwarze !

Entlarvende Reaktion der CDU/CSU auf das Kanzler-Interview

Seite 4 / 28 Zeilen

Solidarität für Portugals Sozialisten

Klarstellungen zur Parlamentswahl am 25. April

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments und des Vorstandes der SPD-Fraktion im Bundestag

Seite 5 + 6 / 57 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 130 495  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 87 - 38  
Telex: 08 88 848 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 88 11

Das rechte Maß abhanden gekommen

Zur katholischen Kritik an der Eherechtsreform

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Die Verabschiedung der Eherechtsreform ist auch vom Präsidenten des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und vom Kommissariat der Deutschen Bischöfe Bonn kommentiert worden.

Der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken meint, daß das neue Gesetz den staatlich gebotenen Schutz von Ehe und Familie weitgehend aufhebe und die Ehe als Lebensgemeinschaft abwerte. Damit werde das gegenseitige Vertrauen der Ehegatten und die Solidarität für die Familie schwer belastet, negative Folgen für die Bedeutung von Ehe und Familie in der Gesellschaft und für das Rechtsbewußtsein seien zu besorgen. Gestützt werden diese düsteren Visionen darauf, daß zukünftig dann vom endgültigen Scheitern einer Ehe auszugehen ist, wenn einer der Ehegatten die Scheidung beantragt und die eheliche Lebensgemeinschaft länger als drei Jahre lang nicht mehr besteht.

Auch für das Kommissariat der Deutschen Bischöfe ist diese Regelung der Stein des Anstoßes, der "zu einer tiefgreifenden Verunsicherung in unserer Gesellschaft beitragen" werde, der bewirke, daß das neue Ehe- und Familienrecht von denjenigen, die in der Familie eine eigenständige Kraft der Gesellschaft sähen, eher "als ein Gesetz gegen die Familie" empfunden werde, und daß der Konsens über die Werte gefährdet werde, die für ein menschenwürdiges Zusammenleben in unserer Gesellschaft erforderlich seien.

Auch die CDU-regierten Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben bekanntlich dem neuen Ehe- und Familienrecht im Bundesrat zugestimmt. Die Anwürfe des Zentralkomitees und des Kommissariats der Deutschen Bischöfe richten sich somit auch gegen diese von der CDU geführten Bundesländer. In einem von ihnen ist der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Bischöfe als Minister tätig.

Die nahezu groteske Abseitsposition des Zentralkomitees und des Kommissariats der Deutschen Bischöfe wird schon hierdurch hinlänglich deutlich. Sie wird dem noch deutlicher, der sich klar macht, worum es in der Sache geht: Selbst wenn nicht ausgeschlossen werden kann, daß es einige Ehen geben könnte, die trotz dreijähriger Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft und trotz des Scheidungsantrages eines Ehegatten nicht endgültig gescheitert sein sollten, so wird kein Vernünftiger die nachteiligen Folgen daraus für die Ehe und Familie und für das menschliche Zusammenleben herleiten können, die das Zentralkomitee und das Kommissariat der Deutschen Bischöfe glauben beschwören zu dürfen.

Was daran nicht grotesk, sondern besorgniserregend erscheint, ist die Erkenntnis, daß die deutschen Katholiken und die Katholische Kirche wichtige Fragen Sachwaltern überlassen, denen das rechte Maß abhanden gekommen sein dürfte.

(-/20.4.1976/Se/e/pr)

+ + +

### Welchenstellung in Nairobi ?

Bei UNCTAD IV werden auch wir die Karten auf den Tisch legen müssen

Von Günter Schluckebier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die 4. Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen UNCTAD IV wird einen ganz anderen Charakter haben als die drei vorangegangenen. Die Ursachen für die Unterentwicklung der Dritten Welt sind bekannt. Im Grunde herrscht schon lange Einigkeit darüber, daß die Verschuldungslage der Entwicklungsländer nur durch weitgehende Umschuldungen nachhaltig erleichtert werden kann. Man weiß, daß die Entwicklungsländer einen Bedarf an langfristigem Kapital haben, und hat schon vor acht Jahren zugesagt, die Möglichkeit zu prüfen, ob man Sonderziehungsrechte für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen soll. Es ist bekannt, daß die Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt nicht bestehen können, wenn ihre Produkte gegen Schutzmaßnahmen in den Industriestaaten, ihren wichtigsten Abnehmern, kämpfen müssen. Deshalb sind schon lange allgemeine Präferenzen für Industrieprodukte aus der Dritten Welt gefordert worden.

Die Industriestaaten müssen nun zeigen, ob sie daraus die Konsequenzen zu ziehen bereit sind. Die weltpolitische und weltwirtschaftliche Lage seit UNCTAD III hat sich soweit gewandelt, daß wir mehr tun müssen als marginale Konzessionen zu machen. Die Entwicklungsländer haben eine einheitliche Front gegen die Industriestaaten aufgebaut, die bislang nur unwesentlich zu erschüttern war, und sie haben sehr genaue Vorstellungen von einer akzeptablen internationalen Wirtschaftsordnung auf den Tisch gelegt. Deshalb werden Entwicklungsländer wahrscheinlich mehr als bisher ihre Arbeit auf Problemlösung anstatt auf die Problemfindung konzentrieren.

Bei allen Schwierigkeiten gibt es einige Fragen, bei denen eine Einigung möglich zu sein scheint. Dies betrifft zunächst die Frage der Exporterlösbetabilisierung für Rohstoffe aus Entwicklungsländern. Die Europäische Gemeinschaft hat mit ihrem Stabilisierungsgemechanismus im Rahmen ihres Abkommens mit 46 Entwicklungsländern ein faires Modell anzubieten, das gegenüber dem von vielen Entwicklungsländern favorisierten Anschluß der Rohstoffpreise an die Preise der Güter aus Industriestaaten (Indexierung) mehrere Vorteile hat, vor allem den der Preisneutralität und des Anreizes zur Produktdiversifizierung.

Auch zur Förderung einer verstärkten Industrialisierung der Entwicklungsländer haben wir Angebote zu machen. Eine ebenfalls im AKP-Abkommen

von Lomé verankerte Vereinbarung über industrielle Zusammenarbeit soll vor allem dabei helfen, daß die Verarbeitung der in den Entwicklungsländern geförderten Rohstoffe zu veredelten Produkten an Ort und Stelle gefördert wird. Hier wird durch gleichberechtigte Zusammenarbeit von Industriestaaten und Entwicklungsländern nicht nur beim Aufbau von Industrien, sondern auch bei der Sicherstellung des angemessenen Managements und der Vermarktung der Produkte geholfen werden.

Multinationale Unternehmen werden dabei eine große Rolle spielen. Sie können eine wichtige Brücke für den Transfer von Kapital und technischem Wissen in die Entwicklungsländer sein; auch in der Dritten Welt wird ihr Nutzen kaum bestritten. Ebensowenig bestritten wird aber auch die Notwendigkeit ihrer Kontrolle; die Entwicklungsländer müssen das Recht haben, multinationalen Unternehmen in ihrem eigenen Wirtschaftsbereich den Platz zuzuweisen, den sie für angemessen halten. Zur Lösung dieser schwierigen Aufgabe, die auch in den Industriestaaten immer wieder schwerfällt, bedarf es aber einer intensiven Unterstützung und Schulung der Administrationen in der Dritten Welt. Der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat zu diesem Bereich anlässlich einer Anhörung über die Tätigkeit deutscher multinationaler Unternehmen in Entwicklungsländern wichtige Anstöße gegeben.

Zahlreiche Fragen in diesem Bereich, aber auch weniger weitreichende Maßnahmen wie die Erhöhung des Haushaltes für Entwicklungspolitik, scheitern an innenpolitischen Erwägungen. Hier ist in der Öffentlichkeit und in zahlreichen Gruppen und Verbänden noch viel zu tun, um die notwendige Einsicht in diese Fragen zu schaffen. Dabei spielen nicht nur Unternehmerinteressen eine Rolle; auch die Gewerkschaften sind aufgefordert, mehr zu tun als geklamatorische Solidarität zu üben und die Tatsache zu kritisieren, daß multinationale Unternehmen in Entwicklungsländer investieren.

Die Öffentlichkeit muß wissen, daß nationale soziale Gerechtigkeit nicht auf dem Boden kresser internationaler sozialer Ungerechtigkeiten wachsen kann. Sie muß wissen, daß unser Schicksal nicht unabhängig von dem Entwicklungsländer zu sehen ist. Sie muß sich fragen lassen, ob die Bürger eines der reichsten Länder dieser Welt es zulassen können, daß allein die Steuereinnahmen des Staates aus dem Verbrauch von Tabakwaren dreimal so hoch sind wie die Ausgaben für die Dritte Welt. Die Welthandelskonferenz 1976 wird zeigen, ob die Entwicklungsländer noch lange mit dieser Verteilung des Weltreichums einverstanden sein werden.

(-/20.4.1976/Se/e/pr)

Mitten ins konservative Schwarze 1

Entlarvende Reaktion der CDU/CSU auf das Kanzler-Interview

Die grundsätzliche Interview-Feststellung des Bundeskanzlers, daß konservative Parteien, wie die Erfahrung und der Augenschein beweisen, sich außerstande gesehen haben, mit den drängenden sozialen Problemen überhaupt oder auch nur annähernd fertig zu werden, hat bei den christlich-konservativen Parteien der Bundesrepublik mitten ins Schwarze getroffen. Auch wenn es bisher nur die Carstens und die Reddemanns gewesen sind, die auf diesen Blattschuß mit dem üblichen Geschrei reagiert haben, so kann doch erwartet werden, daß sich die CDU und die CSU auch weiterhin eifrig bemühen werden, um diese peinliche und entlarvende Etikettierung mit allen Agitationsmitteln wieder loswerden zu können.

Die konservativen Parteien finden sich durch die Feststellung des Bundeskanzlers öffentlich mit der Tatsache konfrontiert, daß überall dort, wo sie regieren und sich dabei als unfähig erwiesen haben, die Zusammenballung sozialer Lasten und Risiken im Allgemeininteresse der Gesellschaft und zu Nutzen aller beteiligten Bevölkerungsschichten aufzulösen, die kommunistischen Parteien stark und einflußreich geworden sind, was sich natürlich auch in der politischen Situation auswirken muß. Diese Tatsachen kann jeder Bundesbürger selbst feststellen, sobald er sich im eigenen Augenschein mit den Gegebenheiten vertraut macht und sich, auf diesen Erkenntnissen fußend, beispielsweise mit den Ursachen für die letzten Reden des US-Außenministers beschäftigt, ohne daß hier das Problem Kissinger aufgegriffen werden soll.

Die christlich-konservativen Parteien der Bundesrepublik werden es sehr schwer haben, aus diesen zwingenden Vergleichen unbeschädigt herauszukommen. Darum, um diese Konfrontation der CDU/CSU mit der Karten und für sie alles andere als erfreulichen Wirklichkeit, geht es allein, nicht um eine vom Bundeskanzler abgelehnte Einmischung in die inneren Verhältnisse befreundeter Staaten. Man darf davon ausgehen, daß das dort inzwischen erkannt und akzeptiert worden ist.

(e/20.4.1976/Se/e/pr)

Solidarität für Portugals Sozialisten

Klarstellungen zur Parlamentswahl am 25. April

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

und des Vorstandes der SPD-Fraktion im Bundestag

"Solidarität mit dem portugiesischen Volk": Zu dieser Veranstaltung hatte der SPD-Kreisverband Stuttgart nicht nur die Mitglieder der portugiesischen Bruderpartei PSP, die in Stuttgart und Umgebung leben, sondern auch Freunde der spanischen PSOE und der italienischen PSI eingeladen. Zahlreiche ausländische Arbeitnehmer waren dieser Aufforderung gefolgt und brachten ihre Solidarität gegenüber der Sozialistischen Partei Portugals vor den Wahlen am 25. April 1976 zum Ausdruck. Zum ersten Male seit 50 Jahren wird Portugal an diesem Tage seine Nationalversammlung frei wählen können. Natürlich hoffen die Sozialisten, daß an diesem Tag das großartige Wahlergebnis, das sie bei der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung erzielt hatten, wiederholt, ja übertroffen wird.

Die Bedeutung, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands diesen Wahlen beimißt, wurde in Stuttgart dadurch unterstrichen, daß ein Mitglied des Deutschen Bundestages die Hauptrede hielt und der Parteivorsitzende Willy Brandt ein Grußwort übersandte. Die Grußadresse des SPD-Vorsitzenden, der zugleich Vorsitzender des "Komitees für Freundschaft und Solidarität mit Demokratie und Sozialismus in Portugal", einem Zusammenschluß der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas, ist, wurde von Portugiesen, Italienern und Spaniern mit großem Beifall aufgenommen. Brandt betonte, daß die Sozialistische Partei Portugals unter Führung von Mario Soares in einer entscheidenden politischen Auseinandersetzung steht, in der es um den weiteren Ausbau und die Festigung der Demokratie in Portugal und die Grundlagen einer stabilen Wirtschaftsordnung in diesem europäischen Nachbarland geht.

Wörtlich sagte Brandt: "In diesen Wochen bedürfen unsere portugiesischen Freunde in einem besonderen Maße unsere politische Solidarität". Es ist keine Frage, daß die SPD eng mit den portugiesischen Sozialisten in dem gemeinsamen Bemühen verbunden ist, dem portugiesischen Volk den Weg nach Europa leichter zu machen, damit ein demokratisches Portugal seinen Beitrag

in einem freien Europa leisten kann. Die guten Beziehungen der SPD und der FDP bestehen seit vielen Jahren. Sie waren schon in jener Zeit vorhanden, als Mario Soares in Paris im Exil war.

Bei den Wahlen am 25. April 1976, dem zweiten Jahrestag der Revolution gegen das Regime von Salazar und Castano, wollen die Sozialisten ihre Position aufbauen. Die sozialdemokratischen Kräfte in der Europäischen Gemeinschaft haben vor diesen Wahlen betont, daß Portugal ein nicht wegzudenkender Bestandteil Europas ist, der nur solange seine volle Bedeutung nicht entfalten konnte, wie die Diktatur das Land nach Europa hin abgesperrt und zur Unterentwicklung verdammt habe. Die demokratischen Sozialisten in Europa werden ihren portugiesischen Freunden jeden Beistand gewähren, um sicherzustellen, daß jedwede Diktatur, egal ob von links oder von rechts, in diesem Lande keine Chance hat.

Die kürzlich bekanntgewordenen Putschpläne des Ex-Generals Spínola haben drei wesentliche Tatsachen bestätigt: 1/ Die Demokratie in Portugal kann nur bestehen, solange sie von Mario Soares und der Partei des demokratischen Sozialismus entscheidend mitgetragen wird; 2/ die Demokratie in Portugal benötigt dringend eine wesentliche Verbesserung der portugiesischen Wirtschaft; und 3/ die Demokratie kann auf die Solidarität der Sozialdemokraten und demokratischen Sozialisten in Europa bauen und wird sich auch künftig auf sie verlassen können.

In diesem Sinne war die Veranstaltung der Stuttgarter SPD eine wesentliche Hilfestellung für die in Deutschland lebenden portugiesischen Gastarbeiter. Ein Mitglied des Parteivorstandes der PSP, das aus Lissabon zu dieser Kundgebung nach Stuttgart angereist war, erklärte, daß die deutschen Sozialdemokraten in hervorragender Weise ihren Freunden in Portugal bisher moralische und andere Hilfe gewährt hätten. Das Stuttgarter Beispiel sollte auch an anderen Plätzen Schule machen. Die Freunde der PSP benötigen für die Mobilisierung der in Deutschland lebenden Gastarbeiter zur Teilnahme an der Parlamentswahl sicherlich noch manche Unterstützung. (-/20.4.1976/Se/e/or)

+ + +

---

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller